

Informationsdienst des CGB

INTERN

Ausg. Dezember 2010

Der Bundesvorsitzende hat das Wort

Das Jahr 2010 mit Höhen und Tiefen – gute Aussichten für 2011

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
verehrte Leserinnen und Leser,

2010 war für den Christlichen Gewerkschaftsbund wieder ein arbeitsreiches Jahr. In geschäftsführenden Bundesvorstandssitzungen, Sitzungen des Bundesvorstandes und einer Hauptausschusssitzung befassten wir uns mit den aktuellen sozial- und wirtschaftspolitischen Themen.

In einigen Fachgewerkschaften fanden die turnusgemäßen Wahlen statt. Und neben der allgemein täglichen Gewerkschaftsarbeit wurden viele Termine von den Kolleginnen und Kollegen der Bundeszentrale des CGB oder von mir wahrgenommen. Für dieses großartige Mittun sage ich meinen herzlichen Dank!

Das Jahr 2010 war auch von politischem Beben gekennzeichnet. Neben Rücktritte oder der Abwahl von Ministerpräsidenten, waren wir aber vom CGB über den überraschenden Rücktritt von Bundespräsident Horst Köhler schockiert. Er war ein Staatsoberhaupt, den die Menschen über alle Parteigrenzen hinaus liebten – ein Bundespräsident der Herzen – und ich werde die jährlichen Begegnungen und des Austausches beim Neujahrsempfang nicht vergessen. Erdbeben an verschiedenen Orten der Welt, Rettungsmissionen für die Banken, Protestbewegungen, Wahlen und viele andere Botschaften fesselten die Menschen über das ganze Jahr 2010.

Aber neben bitteren Momenten, gab und gibt es über das Jahr 2010 auch Gutes zu berichten. Mit Christian Wulff, als neuer Bundespräsident, wurde durch die Bundesversammlung am 30. Juni eine gute Wahl getroffen. Hatten wir zu Anfang dieses Jahres noch den Schock der Weltfinanz- und Wirtschaftskrise voll spürbar in den Gliedern, so kann man am Ende von 2010 sagen, dass die Bundesregierung in 2009 und 2010 die richtigen Entscheidungen – verglichen mit anderen Ländern – getroffen hatte. Natürlich gibt es immer wieder Bedenkträger, aber im Großen und Ganzen war Deutschland durch die Verantwortlichen in der Politik gut geführt. Insbesondere hat sich der Arbeitsmarkt unerwartet positiv entwickelt. So kann man nur hoffen, dass man aus der Vergangenheit dauerhaft die Lehren zieht und in der globalisierten Welt eine Politik betreibt, die getragen ist von Subsidiarität, Solidarität und Personalität. Es war ein turbulentes Jahr mit vielen Herausforderungen, denen sich die Politik, Wirtschaft und wir Arbeitnehmervertreter zu stellen hatten. **Daher verbinde ich am Schluss meinen Dank für die geleistete Arbeit, mit den besten Wünschen für ein gesegnetes und friedvolles Weihnachtsfest. Ich wünsche Ihnen, Ihren Familien und Freunden ein gutes, erfolgreiches und Gottgesegnetes neues Jahr 2011!**

Ihr Matthäus Strebl

* * * *

Entscheidung zur Tariffähigkeit der CGZP hat wenig tarifpolitische Bedeutung

Das Bundesarbeitsgericht hat heute eine umstrittene Entscheidung mit der Feststellung getroffen, dass die Tarifgemeinschaft Christlicher Gewerkschaften für Zeitarbeit und PSA (CGZP) nicht tariffähig sei. Für die Tarifpolitik christlicher Gewerkschaften in der Zeitarbeit hat dies aber wenig Bedeutung. Das Bundesarbeitsgericht hat alleine aus formalen Gründen entschieden. Die Tariffähigkeit der CGB-Mitgliedsgewerkschaften war zu keinem Zeitpunkt angezweifelt worden.

Zwar hat das Bundesarbeitsgericht der CGZP den Status einer gewerkschaftlichen Spitzenorganisation aberkannt. Auswirkungen auf die Mitgliedsgewerkschaften des Christlichen Gewerkschaftsbundes Deutschlands hat diese



Matthäus Strebl

Matthäus Strebl
Bundesvorsitzender

Entscheidung aber nicht. Mit Fragen zur Satzungsauslegung und der Interpretation der Zeitarbeit als eigenständige Branche hat sich das Bundesarbeitsgericht befasst, nicht aber mit der organisatorischen Leistungsfähigkeit und der sozialen Mächtigkeit. Das konnte das Gericht auch nicht, denn das war nicht Gegenstand des hiesigen Verfahrens.

„Weil das Bundesarbeitsgericht über formale Vorfragen und nicht die soziale Mächtigkeit zu entscheiden hatte, ist die Entscheidung nicht so dramatisch, wie die Öffentlichkeit dies spontan annimmt,“ so Gunter Smits, Vorsitzender der CGZP nach der Entscheidungsverkündung. Seit 01. Januar 2010 sind neben der CGZP auch Mitgliedsgewerkschaften des CGB Partei der Tarifverträge in der Zeitarbeit. Es gelten mehrgliedrige Tarifverträge.

„Christliche Gewerkschaften haben sich vor einem Jahr entscheiden müssen, ob sie aus der Tarifarbeit in der Zeitarbeit aussteigen. Sie haben mit dem Abschluss der Tarifrunde im Frühjahr 2010 die Antwort gegeben, dass sie auch in 2011 zu den Tarifverträgen in der Zeitarbeit stehen“, so Smits. An dieser Position wird sich bis auf Weiteres nichts ändern. Zentrale Bedeutung kommt der schriftlichen Begründung zu. Ob die CGZP das Bundesverfassungsgericht anruft, kann deshalb auch noch nicht abschließend beantwortet werden. „Denn da formale Vorfragen zu der Entscheidung führten, liegt der Teufel im Detail“, sagte Smits abschließend.

Pressemitteilung der CGZP vom 14.12.2010

GEWERKSCHAFTSNACHRICHTEN

Conterm - Fachgewerkschaft Deutsche Seehäfen

Rathausbesuch der conterm



Um die Interessen der Hafentarbeiter auch gegenüber der Politik zu vertreten, führte der Conterm-Vorstand im Hamburger Rathaus ein Gespräch mit der CDU-Bürgerschaftsfraktion. Deren Vertreter waren Frau Dr. Natalie Hochheim, Sprecherin für den Bereich Arbeit, Herr Olaf Ohlsen, Sprecher für den Bereich Hafen und Herr von Frankenberg als sozialpolitischer Sprecher der Fraktion. Conterm-Vertreter waren die Vorstandsmitglieder Wolfgang Kurz, Thomas Ringleb und Dirk Sautter. Zusätzlich hatte der Conterm-Vorstand den Ver.di-Kollegen und Betriebsratsvorsitzenden des CTT (Tollerort Terminal), Frank Ladewig, eingeladen mitzukommen, der über seine Gewerkschaft keine Möglichkeit hat, seine Belegschaft gegenüber der Politik zu vertreten.

Die Gründung der neuen Hafengewerkschaft wurde sehr positiv aufgenommen. In dem Treffen ging es um die Zukunft des Hamburger Hafens. Conterm hatte dazu einen Themenkatalog erstellt und der Fraktion vorgelegt, über den diskutiert wurde und sehr informative Antworten gegeben werden konnten, zum Beispiel unter anderem:

- Olaf Ohlsen (CDU-Bürgerschaftsfraktion, Sprecher Bereich Hafen): **„Die Elbvertiefung hat höchste Priorität und soll Ende 2011 beginnen“**. Dies bestätigte uns auch der Wirtschaftssenator Ian Karan in einem Gespräch am 01.11.2010.

- Wer soll das neue **Mittelterminal in Steinwerder** betreiben?

Es gibt derzeit nach Aussage von Olaf Ohlsen noch keinen aktuellen Interessenten oder Betreiber. Es könne durchaus sein, dass Steinwerder als Stückgutterminal betrieben wird.

- **Port Package 3** wird vom Hamburger Senat nicht akzeptiert; man wolle sich mit den anderen Häfen wie z.B. Bremerhaven, Bremen und Wilhelmshaven verbünden, um dafür größeres Gehör in Berlin zu bekommen.



Conterm-Vorsitzender
Wolfgang Kurz

Verschmelzung Tollerort Terminal (CTT) – BUKAI Terminal

Conterm schilderte der CDU-Bürgerschaftsfraktion die Situation aus der Sicht der Hafentarbeiter: Diese hängen nun schon seit gut einem Jahr in der Luft und erhalten keine konkreten Aussagen zu den zukünftigen Arbeitsabläufen. Dass sich der Vorstand vor die Kollegen stellt und eine Aussage macht wie „300 ältere Kollegen müssen gehen, und sind es keine Älteren, so sind es dann 300 junge Kollegen“, ist ein Skandal und für Conterm unerträglich. Dafür konnten die CDU-Gesprächspartner ebenso wenig Verständnis aufbringen, wie dafür, dass der Betriebsratsvorsitzende des BUKAI-Terminals Arno Münster und der ver.di Gewerkschaftssekretär Uwe Schröder, die im Aufsichtsrat der HHLA sitzen, davon keine Kenntnis haben wollen. Vor diesem Hintergrund fragt sich die Conterm, was diese Herren im Aufsichtsrat der HHLA machen und ob sich dieses Amt auf den Bezug von Aufsichtsratsantienemen beschränkt.

Da kann man nur feststellen: Gäbe es conterm noch nicht, müsste man diese Gewerkschaft schnellstens gründen!

Nach Darstellung und Diskussion der aktuellen Probleme empfahl die CDU-Fraktion der Conterm das Gespräch mit dem Wirtschaftssenator der Hansestadt Hamburg, Herrn Ian Karan, zu suchen. Ein Termin konnte schnell gefunden werden. Der Conterm ist es gelungen mit Senator Karan trotz seines vollen Terminkalenders eine gute Dreiviertelstunde über die Problematik bei der HHLA kontrovers zu diskutieren. Man kam gemeinsam zum Ergebnis, dass ein Gespräch mit dem Aufsichtsratsvorsitzenden der HHLA, Herrn Prof. Dr. Peer Witten, zweckmäßig und erforderlich sei. Wirtschaftssenator Karan sagte zu, mit dem Aufsichtsratsvorsitzenden der HHLA Professor Witten schnellstmöglich einen gemeinsamen Gesprächstermin zu vereinbaren.

Mitglieder des conterm-Vorstandes: Wolfgang Kurz - Thomas Ringleb - Dirk Sautter

* * * *

CGB-NRW im Dialog mit der Landespolitik



v.l.: Ulrich Bösl im Gespräch mit Karl-Josef Laumann, Fraktionsvorsitzender der CDU im Düsseldorfer Landtag

Der Christliche Gewerkschaftsbund NRW ist fester Bestandteil der nordrhein-westfälischen Landespolitik. Ständig steht der CGB-NRW mit Entscheidungsträgern der Landespolitik in Verbindung. Im Spätherbst fand ein Gespräch zwischen dem CGB-Landesvorsitzenden Ulrich Bösl und dem Fraktionsvorsitzenden der CDU-Landtagsfraktion Karl-Josef Laumann statt.

Im Mittelpunkt des Gesprächs standen die Zukunft des geplanten Kohlekraftwerks in Datteln und die Schul- und Bildungspolitik in NRW. Laumann, der auch Bundesvorsitzender der CDA ist und dem CDU-Bundespräsidium angehört, wurde vom CGB-Landesvorsitzenden Bösl auch auf die Problematik der Tarifeinheit angesprochen. Bösl machte dabei deutlich, dass es keine Regelungen geben darf, die die Koalitionsfreiheit beeinträchtigen.

Gespräch mit NRW-Arbeitsminister Guntram Schneider

Ein weiteres Gespräch konnte der CGB-Landesvorsitzende Ulrich Bösl mit dem neuen Arbeits- und Integrationsminister Guntram Schneider (SPD) führen. Im Mittelpunkt des Gesprächs, das ebenfalls in einer ausgesprochen guten Atmosphäre stattfand, standen Fragen des Arbeitsmarkts und der Ausbildungsplatzsituation. Minister Schneider betonte, dass es das Ziel der neuen Landesregierung ist, möglichst allen jungen Menschen ein Ausbildungsplatzangebot zu machen.

Ferner war auch die Frage der Tarifeinheit ein Thema des Gesprächs. Bösl sprach für den CGB-NRW den Wunsch aus, bei der Neubesetzung des Tarifausschusses und beim Landesschlichter auch den CGB zu berücksichtigen. Minister Schneider wollte dies, wenn es ansteht, wohlwollend berücksichtigen.

Guntram Schneider, der vor seiner Berufung zum Minister Landesvorsitzender des DGB war, sichert in seiner neuen Funktion dem CGB eine gute Zusammenarbeit zu.



v.l.: Ulrich Bösl und Guntram Schneider, Minister des Arbeits- und Integrationsministeriums NRW

CGB NRW begleitet NRW-Bildungspolitik

Die neue nordrhein-westfälische Landesregierung ist dabei, die Bildungslandschaft neu zu ordnen. In einer Bildungskonferenz informieren Schulministerin Sylvia Löhrmann und Ministerpräsidentin Hannelore Kraft, MdL alle mit Bildungsfragen beschäftigten Organisationen und Gewerkschaften und diskutieren mit ihnen.

Auch der CGB-NRW und seine Mitgliedsorganisation VkdL sind Mitglieder der Bildungskonferenz und arbeiten in seinen Arbeitsgruppen mit.

Ulrich Bösl, CGB-Landesvorsitzender NRW

* * * *



Behindertengerechte Beschulung muss Priorität haben – keine Zwangsinklusion!

Verein katholischer deutscher Lehrerinnen:

Kritik an illusionären Plänen zur Inklusion Behinderter

In Nordrhein-Westfalen hat sich die rot-grüne Minderheitenregierung gemeinsam mit der CDU auf eine freie Schulwahl für Behinderte geeinigt. Diese soll aber nicht nur als „Wahlrecht der Eltern“ gelten, sondern vielmehr den „uneingeschränkten Rechtsanspruch auf einen Platz in einer Regelschule“ enthalten – ein Versprechen, das der Verein katholischer deutscher Lehrerinnen e.V. (VkdL) für pädagogisch unverantwortlich und auch für vollkommen realitätsfremd hält.

Die Zauberformel vom „gemeinsamen Lernen“ klingelt bei vielen Eltern inzwischen so in den Ohren, dass häufig das Wohl des Kindes und die jeweiligen Rahmenbedingungen vor Ort gar nicht mehr beachtet werden, so der VkdL. Zwar kann in bestimmten Fällen die gemeinsame Beschulung behinderter und nichtbehinderter Schülerinnen und Schüler sinnvoll und möglich sein, aber dies hängt von konkreten Faktoren ab:

- Welche Behinderung liegt vor und welchen Grad hat sie?
- Hat die Regelschule ausreichendes Personal, das auf die jeweiligen Behinderungen hin ausgebildet ist (Sonderpädagogen)?
- Gibt es räumliche und materielle Bedingungen vor Ort, die auf die Bedürfnisse der behinderten Schüler zugeschnitten sind?
- Wie wird das Kollegium der Regelschule konkret auf den Inklusionsalltag vorbereitet (Schulungen, Fortbildungen)?
- Wie stark werden die Bedürfnisse der Betroffenen berücksichtigt?

Der konstruktive Umgang mit der Verschiedenheit aller Schülerinnen und Schüler ist erstrebenswert – entspricht er doch auch einer Pädagogik auf christlicher Grundlage! – aber dabei darf nicht vergessen werden, dass ein „All-Inclusive“ häufig zu Lasten der Qualität geht: gerade in der Pädagogik. Je unterschiedlicher die Bedürfnisse der Schülerinnen und Schüler innerhalb einer Klasse sind, desto kleiner muss die Gruppe sein. Die Inklusionsbestrebung stellt die Schulen und das Lehrpersonal vor Herausforderungen, denen sie nicht zureichend gewachsen sind – schon gar nicht, wenn dauernde „Reformen“ weiterhin Hochkonjunktur haben

Pressemitteilung vom 29. November 2010 des VkdL in Essen

*Wir wünschen allen Leserinnen und Lesern,
alle Mitgliedern und Kolleginnen und Kollegen
gesegnete Weihnachten und
ein vor allem gesundes und erfolgreiches
neues Jahr!*

*Wir danken für die tatkräftige Unterstützung
und die gute Zusammenarbeit!*

Impressum

Christlicher Gewerkschaftsbund Deutschlands, Obentrautstraße 57 * 10963 Berlin

Telefon: 030/21 02 17-30

Fax: 030/21 02 17-40

E-Mail: cgb.bund@cgb.info

Internet: www.cgb.info

ViSdP: Gunter Smits

Redaktion: Gunter Smits, Anne Kiesow

Layout: Anja Kracht

Dies ist ein unentgeltlicher Informationsdienst des Christlichen Gewerkschaftsbundes Deutschlands.